



Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Sitzungswoche beherrschte vor allem ein Thema die Bundespolitik: Die Corona-Krise. Und während in den deutschen Großstädten die Infektionszahlen gerade sprunghaft ansteigen, wird immer klarer, dass wir nur dann zur Normalität zurückkehren können, wenn wir alle dieses Virus wieder ernst nehmen und seine Ausbreitung als das begreifen, was sie ist: Ein Risiko für unsere Gesundheit und unsere Wirtschaft.

Nach dem historischen Wirtschaftseinbruch im Frühjahr 2020 mehren sich die Anzeichen einer Erholung. Während sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt leicht verbessert hat, sind Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiterhin in Kurzarbeit. Einzelne Branchen und Unternehmen kämpfen nach wie vor um ihr wirtschaftliches Überleben. Mit Soforthilfen, Bürgschaften und Krediten ist es uns gelungen, noch Schlimmeres zu verhindern. So konnten wir bis Ende September bundesweit rund 103.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Überbrückungshilfen unter die Arme greifen.

Die wirtschaftliche Erholung steht auf sehr dünnem Eis. Deshalb sollten wir jede weitere Belastung für Unternehmen vermeiden. Unsere Politik zielt darauf ab, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Die Elektrifizierung nach Nürnberg kommt	2
Investitionen schneller und effektiver realisieren	2
Textil- und Porzellanindustrie bei der CO2-Abgabe entlasten	3

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Die Elektrifizierung nach Nürnberg kommt!

„Die Elektrifizierung nach Nürnberg muss kommen und kommt. Ich weiß gar nicht, woher die Zweifel kommen. Wenn die Bahn sagt, der Kosten-Nutzen-Faktor reicht nicht, werden wir der Bahn erklären, wie wir das machen“ – hat der zuständige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, in dieser Woche erklärt. Anlass war ein von mir initiiertes Bahngipfel im Berliner Bundesministerium, zu dem ich u.a. die Landräte der Landkreise Hof und Wunsiedel, Oliver Bär und Peter Berek, sowie die Hofer Oberbürgermeisterin Eva Döhla dazu gebeten hatte. Verstärkt wurde unsere hochfränkische Delegation von Bundestagsabgeordneten aus Sachsen, sowie Vertretern aus Chemnitz, Zwickau und Plauen. Gemeinsam haben wir auf die große Bedeutung der Fernverkehrsanbindung für die Entwicklung der Region hingewiesen. Nun fordern wir die rasche Umsetzung, damit die Metropolregion Nürnberg und der südsächsische Raum enger zusammenwachsen können.

Im Bundesverkehrsministerium von links nach rechts:



Dr. Oliver Bär (Landrat des Lkr. Hof), Dr. Hans-Peter Friedrich, Peter Berek (Landrat des Lkr. Wunsiedel), Enak Ferlemann (Parlamentarischer Staatssekretär), Dr. Silke Launert (Bundestagsabgeordnete, Wahlkreis Bayreuth), Eva Döhla (Oberbürgermeisterin der Stadt Hof)

Investitionen schneller und effektiver realisieren

Ob Straße, Schiene oder Wasserstraße: Der Ausbau von Infrastruktur muss zügiger vorangehen, denn leistungsfähige Verkehrswege sind die zentrale Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze in allen Regionen.



In dieser Wahlperiode haben wir daher bereits drei Gesetze für eine Planungsbeschleunigung verabschiedet. Mit dem „Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen“, das wir in dieser Woche beschlossen haben,

heben wir weitere Beschleunigungspotenziale durch Vereinfachungen im Raumordnungsrecht und bei der Genehmigung der Elektrifizierung von Schienenstrecken sowie durch Maßnahmen zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren.

In meinem **Video** ([hier abrufbar](#)) beantworte ich vier Fragen zum Thema „**Leistungsfähige Verkehrswege**“.



Textil- und Porzellanindustrie bei der CO₂-Abgabe entlasten!

Unsere Wirtschaft steckt in einem schwierigen Strukturwandel, der durch die Corona-Krise verschärft wird. Sowohl der globale Wettbewerb, die Digitalisierung als auch der Klimaschutz verlangen unseren Unternehmen viel ab.

Es war richtig, dass die Bundesregierung in der Krise schnell gehandelt und die Unternehmen mit Hilfspaketen in Milliardenhöhe unterstützt hat. Allerdings darf angesichts der Krise die Wirtschaft jetzt nicht mit neuen Anforderungen und finanziellen Verpflichtungen belastet werden. In den letzten Jahren sind die CO₂-Preise bereits deutlich gestiegen. Bei den Industrie-Strompreisen ist Deutschland weltweit inzwischen einer der Spitzenreiter. Wenn wir unsere Unternehmen jetzt weiter belasten, bereiten wir den Boden für zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen, unter denen deutsche Unternehmen gegenüber der Konkurrenz aus Asien und der USA schon heute leiden und rauben damit unseren Unternehmen die letzte Kraft. Es drohen Verlagerungen der Produktionen ins Ausland und der Verlust tausender Jobs, auch in der Textil- und Porzellanbranche.

Mit Blick auf unsere Klimaziele weist das in dieser Woche beschlossene erste Gesetz zur Änderung des Bundesemissionshandelsgesetzes im Grundsatz in die richtige Richtung. Allerdings muss die verarbeitende Industrie, die nicht ohne Weiteres ihre Produktionsprozesse umstellen kann, sondern Prozesswärme braucht, entlastet werden. Das Gesetz wird am 1. Januar 2021 in Kraft treten. Bis dahin muss die Kompensation für unsere Unternehmen geregelt sein. Deshalb hat der Bundestag die Bundesregierung in dieser Woche auch dazu aufgefordert, noch vor Ende des Jahres die entsprechende Verordnung zur Entlastung unserer Unternehmen zu beschließen.

Bereits erreicht haben wir, dass die Liste mit den Sektoren, die einen Schutz in Form von Kompensationen erhalten, weit mehr Sektoren umfasst, als die vom Bundesumweltministerium zusammengestellte Liste. Die Liste kann zudem noch ausgeweitet werden. Außerdem haben wir die Kompensation auf bis zu 95 Prozent anheben können.

Förderung von mehr Digitalisierung in Vereinen

Die Corona-Pandemie hat auch in unseren gesellschaftlichen Strukturen tiefe Spuren hinterlassen. Auch das Vereinsleben leidet – wie soll es in dieser Zeit aufrecht erhalten werden? Wie können Mitglieder gewonnen werden?

Die Antworten könnten in digitaler Technik gefunden werden. Das erste Förderprogramm der neu gegründeten Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt fördert daher unter dem Titel „Gemeinsam wirken in Zeiten von Corona“ die Anschaffung von technischer Ausstattung sowie die Aneignung von Know-How.

Alle Informationen zu den Förderbedingungen können [hier](#) abgerufen werden.

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat